

Handelsblatt

SCHULDENKRISE

Die Staaten zahlen alles

Kapital ist ein scheues Reh. Weil sie diese alte Weisheit nicht verinnerlicht hat, manövriert sich die Bundesregierung immer tiefer in ein Dilemma. Nachdem die von Berlin vorangetriebene Diskussion über einen erzwungenen Forderungsverzicht für private Anleihegläubiger die Kurse irischer Staatsanleihen immer weiter nach unten gedrückt hatte, sahen sich Wolfgang Schäuble und seine europäischen Kollegen zu der Erklärung genötigt, jegliche Pläne in dieser Richtung würden Halter bereits ausstehender Staatsanleihen nicht betreffen. Denn auch wenn die irische Regierung im Moment gar kein neues Geld am Kapitalmarkt aufnehmen muss, gefährdeten die Kursverluste der Anleihen doch akut die Stabilität der Banken in Irland und in anderen Ländern.

Fürs Erste hat die Erklärung der Finanzminister zu einer Beruhigung geführt. Aber dem Dilemma entkommen sind sie damit nicht. Zum einen mussten sie nun offiziell erklären, was Angela Merkel und Wolfgang Schäuble gerade verhindern wollten: dass in Bezug auf ein eventuell noch nötig werdendes Rettungspaket für Irland allein die Partnerstaaten aufkommen müssen. Nicht die Banken, die den Schlamassel verursacht haben, oder die übrigen Investoren.

Zum anderen können sie dem Dilemma auch für die Zukunft nicht entgehen. Da man niemanden zwingen kann, bestimmte Anleihen zu kaufen, müssen die Europäer selbst die Zeche bezahlen, wenn sie die Anleihen eines Partnerlandes unattraktiver machen. Wenn ein Land vom europäischen Rettungsschirm aufgefangen worden ist, weil es sich am Markt nicht mehr refinanzieren kann, dann soll es ja möglichst bald wieder auf eigenen Füßen stehen. Einem hochverschuldeten Land wird das kaum gelingen, wenn auf jeder Anleihe der Warnhinweis prangt: „Der Finanzminister darf diese Anleihe nicht zum Nennwert zurückzahlen, wenn er irgendwelche Hilfen von seinen Partnerländern in Anspruch nehmen sollte.“ Deshalb müssen die Partnerländer die Finanzen des Problemfalls vor der Rückkehr an den Kapitalmarkt durchgreifend sanieren. Sie müssen dessen Verschuldung senken, indem sie auf einen großen Teil ihrer Forderung verzichten, so dass es nur noch geringe Zweifel an der Kreditwürdigkeit des Landes geben kann.

Es gibt ohnehin kaum einen sachlichen Grund für die deutsche Initiative. Das Problem in Ländern wie Irland und Spanien war ja keinesfalls, dass sich die Regierungen aufgrund zu niedriger Zinsaufschläge zu stark verschuldet hätten. Irland verzeichnete vor der Krise Haushaltsüberschüsse. Es war vielmehr der private Sektor, vor allem die Banken, der sich zu viel Schulden auflud. Später durfte er sie, weil man die Banken nicht pleitegehen lassen konnte oder wollte, auf den Staat abladen.

Um so etwas in Zukunft zu vermeiden, sind ganz andere Maßnahmen nötig: Das Finanzsystem und die Banken müssen mit durchgreifenden Maßnahmen sicherer und stabiler gemacht werden.

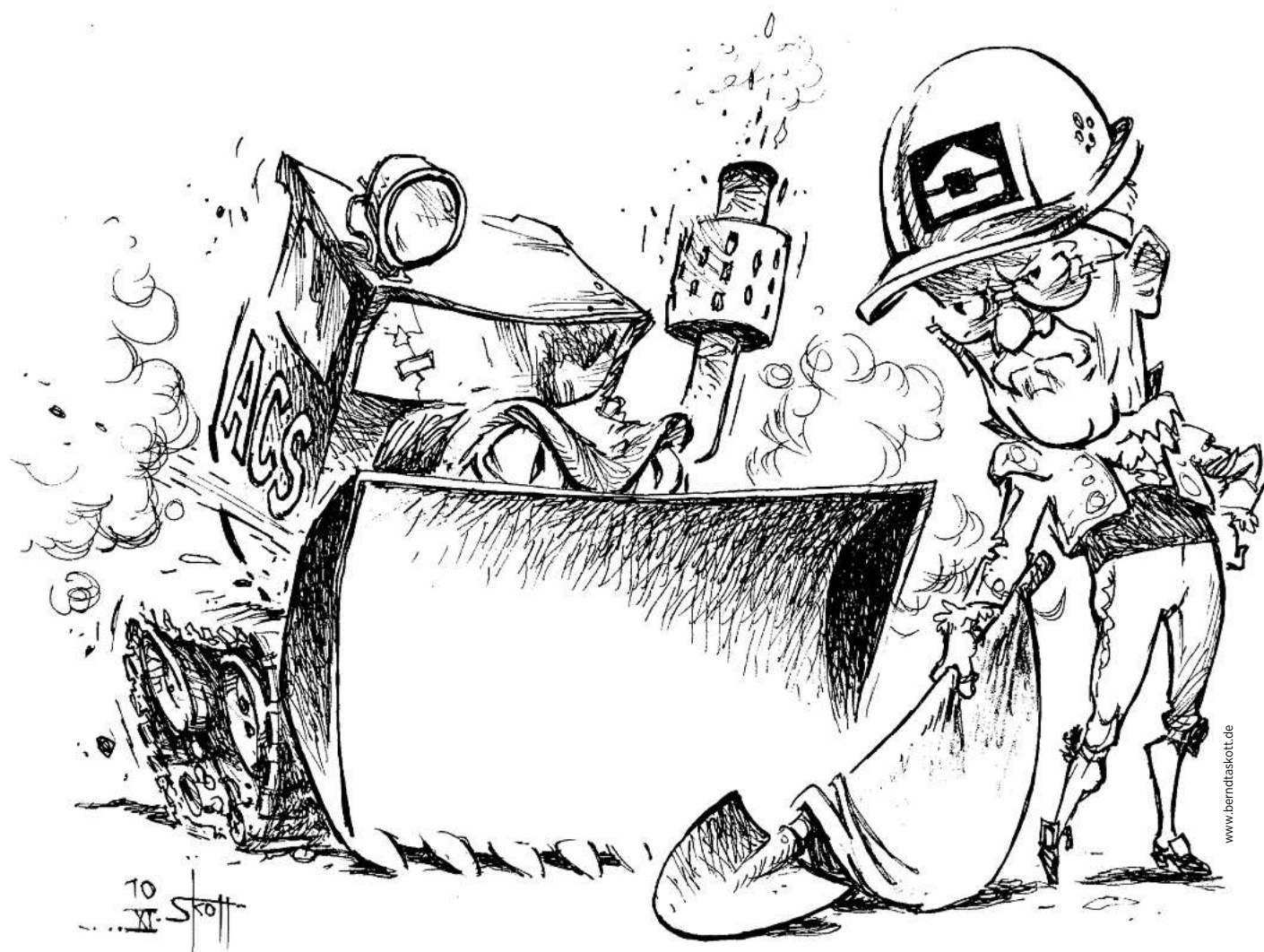
Norbert Häring

Der Autor ist Korrespondent in Frankfurt.

Sie erreichen ihn unter:
haering@handelsblatt.com

Verantwortlicher Redakteur der Meinungsseiten:
Thomas Hanke, Berlin. Sie erreichen die
Meinungsredaktion: E-Mail: hb.meinung@vzb.de
Adresse: Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vzb.de.



Wachstumstreiber „Gute Laune“

Ulf Sommer

Einmalzahlungen, vorgezogene Tarifierhöhungen und viele offene Stellenangebote schüren den Optimismus. Das trägt den Aufschwung länger, als viele heute glauben.

Deutschlands Unternehmen übertreffen selbst die optimistischsten Erwartungen. Sie erwirtschaften nur ein Jahr nach der großen Krise schon wieder Rekordgewinne. Doch wenn es um Prognosen für die Zeit über das in sieben Wochen zu Ende gehende Jahr hinausgeht, dann mauern sie beharrlich. Niemand weiß, wie sich die Weltwirtschaft und das boomende China entwickeln werden, lautet die Devise bei vielen exportstarken Industrieunternehmen in ihren jüngsten Quartalsausblicken.

Doch es gibt rühmliche Ausnahmen. Der bislang mit Vorhersagen extrem vor-

sichtige Mischkonzern Siemens verbindet sein Rekordergebnis plötzlich mit einer Kampfansage an die Konkurrenz. Selbstbewusst blicken die Münchener nach vorn und wähen sich auf gutem Weg, den Schwung in das nächste Jahr mitzunehmen und die Erträge weiter zu steigern.

Die Kehrtwende überrascht, denn bislang hatte Siemens, ebenso wie die meisten deutschen Großkonzerne, die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte als noch nicht ausgestanden bezeichnet und den Boom nur als kurze Episode eingestuft. Die Chemiehersteller und vor allem die Autobauer heben zwar im Monatsrhythmus ihre Prognosen an, weisen dabei aber fast entschuldigend auf die reißende Nachfrage aus China. Als ob es sich dabei um einen Lotteriegewinn oder einmaligen Ausrutscher handelt.

Kaum jemand wagt auf die Fortsetzung des gegenwärtigen Wirtschaftsbooms zu hoffen. Dazu passt aus Übersee die skeptische Analyse des weltgrößten Netzwerkausrüsters Cisco über die Geschäfte in Europa und den USA. Schon oft erwies sich der amerikanische IT-Konzern, dessen Chef John Chambers mehrere amerikanische Präsidenten beraten hat, als Trendsetter nicht nur für die Branche, sondern der gesamten Weltwirtschaft.

Zugegeben, nicht nur Cisco, auch viele europäische Unternehmen hegen viele berechtigte Zweifel an einer Fortsetzung des gegenwärtigen Booms. Dazu gehören die Sorgen über den Zustand der USA, der

weltgrößten Volkswirtschaft, Ängste, in China könnte eine (Immobilien-)Blase platzen, und Befürchtungen, dass öffentliche Aufträge an Unternehmen künftig sinken, weil sich die hochverschuldeten Industrienationen künftig im Geldausgeben zurückhalten. Kurzum, viele Ungleichgewichte und Störfeuer, wozu auch der Währungsstreit zwischen den USA und China zählt, sprechen dafür, dass sich Umsätze, Gewinne und Margen tatsächlich abschwächen könnten. Daraus resultiert die gedämpfte Stimmung bei vielen Firmen.

Aber: In sinkenden Zahlen lässt sich nichts belegen. Im Gegenteil. Die Aufträge ziehen weiter an, ganz besonders bei den skeptischen Auto- und hochspezialisierten Maschinenbauern. Siemens hat deshalb recht mit seiner offensiven Kehrtwende, Mitarbeiter und Aktionäre für 2011 auf Optimismus zu trimmen.

Ausgerechnet in Deutschland scheint der Optimismus sich derzeit selbst zu verstärken - also in einer Volkswirtschaft, die bislang eher unverdächtig war, sich allzu schnell euphorischen Gefühlen hinzugeben. Die enormen Gewinnsteigerungen, aus denen üppige Dividenden resultieren, schüren die Zuversicht bei Angestellten und Aktionären. Dazu kommen die vielen Stellenangebote. Insgesamt suchen Deutschlands Unternehmen derzeit eine Million Mitarbeiter, ergab eine repräsentative Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Sinkende Erwerbslosenzahlen mindern die Angst vor

WORTE DES TAGES

„Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, wie sich der Markt entwickeln wird.“

AKIO TOYODA,
Toyota-Chef, zur Entwicklung der Elektroautos

„Ich habe einen Vertrag bis September 2012 und pflege Verträge einzuhalten.“

JÜRGEN GROSSMANN,
RWE-Chef

„Derzeit verzeichnen wir den höchsten Auftragsbestand aller Zeiten.“

ESTHER BAHNE,
Audi-Sprecherin

„Wer heute Fachkräfte will, muss auch bereit sein, fair zu bezahlen.“

PHILIPP RÖSLER,
Gesundheitsminister, zum wachsenden Mangel an Pflegekräften

„Ein Staat ohne Gerechtigkeit ist wie eine Räuberbande.“

BERTHOLD HUBER,
IG-Metall-Chef

Arbeitslosigkeit. Sie war in Deutschland jahrzehntelang der wohl größte Hemmschuh für einen anspringenden Binnenmarkt, weil viele Angestellte aus Furcht vor einem Stellenverlust ihr Geld lieber zusammenhielten.

Schließlich stärkten die vielen vorgezogenen Tarifierhöhungen den Glauben in die Zukunft. Nach Bosch, Volkswagen, Audi und vielen Zulieferern in der Metall- und Elektroindustrie wie Elringklinger profitieren auch die Angestellten bei Siemens. Die Münchener zahlen obendrein im Januar jedem Beschäftigten bis zu 1 000 Euro extra. Als Lohn und Dank für die überstandene Krise.

Ähnlich wie Kurzarbeit und die einst belächelte staatliche Abwrackprämie vor zwei Jahren die schwere Wirtschaftskrise erfolgreich milderten, so verlängern jetzt also die Unternehmen den gegenwärtigen Boom, indem sie ihre Angestellten daran teilhaben lassen - sofort und nicht wie früher nach endlos ermüdenden und stimmungstötenden Tarifverhandlungen.

Einmalzahlungen und weniger Zukunftssorgen bedeuten noch keine ewige Fortsetzung des gegenwärtigen Aufschwungs. Doch wer sich klarmacht, wie sehr allein schon gute Stimmung die Realkonjunktur bewegt, kann die Prognose wagen: Der überraschende Boom hat gute Chancen, sich zumindest in das erste Quartal 2011 fortzupflanzen. Der Stimmungstöter „schwacher Binnenkonsum“, der früher so oft zugeschlagen hat, wird den Aufschwung diesmal nicht abwürgen.

Der Autor ist Redakteur.

Sie erreichen ihn unter:
sommer@handelsblatt.com

KANZLERIN

Angela Aschenputtel

Das Auffälligste an Angela Merkel ist nicht das, was sie tut, sondern das, was sie unterlässt. Unstrittig ist: Sie kann was. Aber genauso deutlich ist mittlerweile zu erkennen: Sie will nichts. Selten hat ein Regierungschef so anspruchlos vor sich hinregiert: „Wir gehen unseren Weg“, sagte sie gestern im großen Interview vor dem Parteitag. Wohin dieser Weg führt oder auch nur führen sollte, verriet sie nicht.

Das war anders versprochen. „Ein neuer Anfang“ stand auf den Plakaten, mit deren Hilfe sie im Jahre 2005 erstmals Kanzlerin wurde. Sie hielt gepfefferte Reden wie diese: „Die staatlichen Institutionen sind teilweise ausgezehrt oder arbeiten sich in Bürokratie ab. Viele Einzelteile bewegen sich, aber das Ganze tritt auf der Stelle. In weiten Teilen der Gesellschaft, die Parteien schließe ich dabei ausdrücklich mit ein, fehlt der Wille zum Aufbruch.“

Einst war sie die Winterkönigin der CDU

Das wollte sie ändern. Das war ihr großes Versprechen. In ihr loderte die Sehnsuchtsenergie eines Landes, das willig war, sich zu wandeln. Denn es hatte sich herumgesprochen, dass ein Sozialstaat, der auf der Kopfzahl von Kindern beruht, im Zeitalter der Kinderlosigkeit anders finanziert werden muss. Sie bot erst ihrer Partei, dann den Deutschen ein ungewöhnliches Tauschgeschäft an: Freiheit gegen Sicherheit, Zukunft statt Nostalgie, womit vor allem eine solide Sozialstaatsfinanzierung gemeint war.

Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ nannte Angela Merkel, die Energische, die für ihre Vorstellung von Zukunft auf dem Leipziger Parteitag eine fulminante Mehrheit erhielt, „die Winterkönigin der CDU“.

Gabor Steingart



Einen neuen Anfang hat die Kanzlerin einst versprochen. Und nicht gehalten. Ihr Projekt „Mitte“ führt die CDU in die Mittelmäßigkeit.

Sieben Jahre und sechs Parteitage später steht die Winterkönigin heute in Karlsruhe als Angela Aschenputtel vor ihrem Publikum. Der einst beeindruckende Ehrgeiz ist von ihr abgefallen wie das prächtige Ballkleid von dem Mädchen im Märchen der Gebrüder Grimm. Grau sieht sie aus. Ihre Worte klingen seit längerem schon matt. Statt Ballkleid trägt sie wieder Arbeitskittel.

Die Delegierten werden versuchen, sich nichts anmerken zu lassen. Parteisoldaten sind tapfer. Aber sie alle kennen die Verlustzahlen. Unter Merks Führung hat die CDU im Vergleich zur ersten gesamtdeutschen Wahl im Jahr 2000 rund 30 Prozent ihrer Wähler verloren. 5,2 Millionen Menschen, die damals Kohl wählten, votierten 2009 nicht für Merkel. Ausweislich der jüngsten Meinungsumfragen, wenige Tage vor dem Parteitag erhoben, sind es mittlerweile 36 Prozent der damaligen CDU-Wähler, die von der Merkel-CDU nichts wissen wollen.

Seit sie das Kanzleramt bewohnt, gingen damit jeden Tag rund 1 200 CDU-Wähler verloren. Diese Wähler sind heute nicht rot, gelb oder grün, sie sind sauer.

Es gibt keine andere Schlussfolgerung als die: Der Zauber der Angela Merkel wirkt nicht mehr. Das Leisetreten und die Selbst-Sozialdemokratisierung haben sich nicht ausgezahlt. Das Projekt „Mitte“ führt mit großer Zielstrebigkeit in Richtung Mittelmäßigkeit.

Verspricht sie „Bürokratieabbau“, weiß der Kundige, dass nun wieder mit Papier gaschelt wird. Wenn sie einen „Herbst der Entscheidungen“ ankündigt, ahnt man, dass sie in Wahrheit meint: Wir schleppen uns weiter über die Runden. Sagt sie Gesundheitsreform, erappt man sich dabei, wie man instinktiv an die Geldbörse greift. Erst letzte Woche schraubte sie die Beiträge wieder um 0,6 Punkte nach oben. Sechs Milliarden zusätzlich nimmt sie den Versicherten ab. Selbst die Idee mit den „Gipfeln im Kanzleramt“, zu denen sie beinahe im Monatsrhythmus einläd, hat sich abgenutzt. Bildung, Islam, Ausländerintegration: Stets war die Teilnehmerliste so lang, wie das Ergebnisprotokoll kurz war.

„Habt ihr keine andere Tochter?“ fragte der König

Zumindest im Märchen der Gebrüder Grimm ging alles gut aus. „Das ist auch nicht die rechte“, sprach der König, „habt ihr keine andere Tochter?“ Er gab nicht eher Ruhe, bis Aschenputtel wieder die elegante Ballkönigin war, die er schätzen und lieben gelernt hatte.

Der König unserer Tage ist der Wähler. Er ist von Angela Merkel enttäuscht, aber er hat nicht mir ihr gebrochen. Er sucht weiter nach seiner Prinzessin. Vielleicht zieht sie, ihm zuliebe, noch einmal das Ballkleid an. Es hat ihr gut gestanden.

Der Autor ist Handelsblatt-Chefredakteur.

Sie erreichen ihn unter:
steingart@handelsblatt.com

EUROPA

Mehr Geld! Mehr Kompetenzen!

Jacques Delors



Die Gemeinschaft braucht eigene Finanzquellen, um unabhängig von Beiträgen einzelner Staaten kraftvoller auftreten zu können.

Wachstum. Mit den derzeitigen Mitteln sind diese Perspektiven nicht erreichbar. Die Dynamik und das demokratische Fundament der Union würden erneut durch die völlige Unverhältnismäßigkeit der angekündigten Ziele und der bereitgestellten Mittel erschüttert.

Die EU-Ausgaben kommen nicht einfach zu den nationalen Ausgaben dazu. In mehreren Bereichen (Finanzausgleich, Verteidigung, Forschung und Innovation, Energie und Verkehr) trägt die EU dazu bei, dass die Staaten weniger finanzielle Mittel brauchen oder ihr Geld effizienter einsetzen können.

Kann man aber mit den heutigen Ressourcen den Haushalt der EU ausbauen? Sicherlich nicht. Denn der europäische Haushalt fi-

nanziert sich größtenteils durch die Beiträge der Mitgliedstaaten, die ängstlich reagieren und zu Haushaltskürzungen gezwungen sind. Die Europäische Union braucht daher eine eigene Einkommensquelle, um den EU-Haushalt direkt und ohne Umweg über die nationale Ebene zu versorgen. Die Gründungsverträge sahen übrigens eine Einkommensquelle dieser Art vor. Die Regierungen sollten darin nicht fälschlicherweise eine Europa-Steuer sehen und diese der Öffentlichkeit als Schreckgespenst vorhalten.

Mit einer solchen Finanzquelle könnte der EU-Haushalt erhöht werden, was die nationalen Beiträge reduzieren würde. Die EU wäre damit in der Lage, im Klimaschutz (über eine CO₂-Besteuerung) und in der Bekämpfung von finanziellen Verwerfungen (durch eine Transaktionssteuer) kraftvoller zu agieren.

Die Bürgerinnen und Bürger in Europa würden es nicht verstehen, wenn die Welt nach der Krise genauso aussähe wie vorher - nur mit weniger Wachstum und höherer Arbeitslosigkeit. Ein wachstumsorientierter EU-Haushalt mit einer neuen, eigenen Finanzquelle und einem ehrgeizigen Projektrahmen ist wirtschaftlich und sozial unumgänglich und politisch von höchster Dringlichkeit.

Der Autor war Europapolitiker und spricht hier für das Komitee von „Notre Europe“. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vzb.de.